Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21296.
Postscheck-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 6 | Dresden, Freitag, 8. Januar | 1932

Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten?

Besprechung zwischen Brüning—Groener—Hitler.

Berlin, 7. Januar.

Heute nachmittag fand eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler, dem Reichswehrminister und Adolf Hitler statt. Sie dauerte etwa 1½ Stunden. Wie Wolffs Büro erfährt, hat Adolf Hitler sich darauf sofort mit den Führern der übrigen der Rechtsopposition angehörenden Organisationen in Verbindung gesetzt, um sie über die Besprechung zu unterrichten und um ihre Auffassung zu der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zu erfahren.

Im Laufe des Abends, wahrscheinlich aber erst morgen vormittag, wird eine Zusammenkunft der Führer der Rechtsopposition stattfinden, in der die Haltung dieser Organisationen geklärt werden soll. Im Anschluß daran wird dann Hitler erneut mit dem Reichskanzler und mit Reichswehrminister Groener zusammenkommen, um ihnen die Frage zu beantworten die sie ihm vorgelegt haben. Diese Besprechung wird am Freitagnachmittag oder am Sonnabend stattfinden, je nachdem, wie schnell es gelingt, eine Klärung innerhalb der Harzburger Front herbeizuführen. Aus der bisherigen Haltung Hitlers geht jedenfalls hervor, daß er großen Wert darauf legt, in Übereinstimmung mit den anderen Faktoren dieser Verbindung vorzugehen.

•

Sozialdemokratische Vertreter beim Reichskanzler.

Berlin, 7. Januar.

Der Reichskanzler empfing heute abend um 9 Uhr Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, die Abgeordneten Wels und Dr. Breitscheid, zur Rücksprache über die Frage der Reichspräsidentenwahl.

Wolffs Büro behauptet zu wissen, in sozialdemokratischen Kreisen gehe die Stimmung dahin, daß man grundsätzlich bereit wäre eine Verlängerung der Amtszeit mitzumachen, und zwar auch dann, wenn die Nationalsozialisten für sie stimmen würden. Zunächst werden die Sozialdemokraten aber freilich wohl erst einmal zu klären versuchen, ob den Nationalsozialisten für ihre Zustimmung irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden, und davon wird schließlich die endgültige Haltung der Sozialdemokraten abhängen.

•

Die Reichstagsfraktionen.

Berlin, 8. Januar.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, die sich auch mit den Verhandlungen der Regierung für eine etwaige Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg beschäftigte. Wie das Nachrichten-Büro des VDZ. erfährt, erklärte der Fraktionsvorsitzende Abgeordneter Mollath unter allgemeiner Zustimmung, die Wirtschaftspartei würde es im außen- und innenpolitischen Interesse des Reiches begrüßen, wenn die Bemühungen des Reichskanzlers in dieser Frage Erfolg hätten. Sie wird in ihrem Teile alle Schritte unterstützen, die zu dem Erfolg führen können, daß dem Reiche die in der jetzigen kritischen Zeit besonders wertvolle Führung durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg erhalten bleibt.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist zu einer Fraktionssitzung für Sonnabend einberufen. Der Parteiführer Dr. Hugenberg ist auf dem Wege nach Berlin.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird voraussichtlich in der nächsten Woche eine Sitzung abhalten, in der der Fraktionsvorstand über die Besprechungen mit dem Reichskanzler berichten wird. Es ist (nach dem Wolffschen Büro) sicher damit zu rechnen, daß die Fraktion sich mit einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg einverstanden erklärt unter der Voraussetzung, daß daran von anderen Parteien keine Bedingungen geknüpft werden, bzw. daß die Reichsregierung zur Erreichung dieses Zieles keine politischen Bindungen anderen Parteien gegenüber eingeht.

Die Reichstagsfraktion der Bayrischen Volkspartei ist für Dienstag nächster Woche zu einer Sitzung nach dem Reichstag einberufen worden.

•

Die für Dienstag angesetzte Ältestenratssitzung wird auf jeden Fall stattfinden. Es ist jedoch möglich, daß in dieser Sitzung noch keine Entscheidung über die Einberufung des Reichstags fällt, weil die Vorverhandlungen über die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten vielleicht bis dahin noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

•

Berliner Blätterstimmen zu den Besprechungen.

Berlin, 8. Januar.

Zahlreiche Berliner Morgenblätter beschäftigen sich heute mit der Besprechung des Reichskanzlers Brüning mit Adolf Hitler und den sozialdemokratischen Führern über die Frage der Wiederwahl des Reichspräsidenten.

Die „Vossische Zeitung" bezeichnet die Behauptung, daß Hitler politische Bedingungen für seine Zustimmung zur Wiederwahl Hindenburgs gestellt habe, schon deshalb als unzutreffend, weil der Reichspräsident seine Zustimmung zur Verlängerung seiner Amtsperiode ausdrücklich an die Voraussetzung geknüpft habe, daß alle Parteien ohne politische Bedingungen sich mit seiner Wiederwahl einverstanden erklärten.

Der „Vorwärts" schreibt, nie und nimmer könne die sozialdemokratische Reichstagsfraktion daran denken, ein zwischen der Reichsregierung und der Rechten etwa abgeschlossenes Handelsgeschäft durch ihre Mitwirkung rechtskräftig werden zu lassen.

Das „Berliner Tageblatt" spricht von „Neuwahl als Geschäft" und unannehmbaren Bedingungen Hitlers.

Der „Börsen-Courier" beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Haltung der Deutschnationalen, die sich nach Auffassung des Blattes „kostbar" machen wollen.

Die „Börsenzeitung" berichtet, daß Hitler die Zustimmung seiner Partei zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten u. a. auch davon abhängig gemacht habe daß sich der Kanzler nicht länger weigern solle, die Legalität der NSDAP. in aller Form anzuerkennen.

„Der Tag" hält es für sicher, daß Vereinbarungen in dieser Frage ohne weiteres die Erfüllung gewisser Bedingungen gegenüber der „nationalen" Opposition voraussetze.

•

Die „Rheinische Zeitung" zur Reichspräsidentenwahl.

Köln, 7. Januar.

Unter der Überschrift „Bleibt Hindenburg?" schreibt die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung" u. a.:

Ein neuer Präsidentschaftskandidat, der große Massen außerhalb seiner Partei mit sich reißen könnte, ist am politischen Horizont nicht sichtbar. Auch das Bürgertum hat einen solchen Mann nicht. Adolf Hitler, wie jeder andere nationalsozialistische Kandidat, würde eine geschlossene Front aller Republikaner gegen sich haben. Die Mehrheit würde er nicht erlangen können.

Der leidenschaftliche und im Ergebnis unübersehbare Präsidentschaftskampf bringt einen starken Unsicherheitsfaktor nicht nur in die innerpolitische, sondern auch in die außenpolitische Lage. Die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs durch den Reichstag ist nur möglich, wenn zwei Drittel des Parlaments einem solchen Gesetzentwurf zustimmen. In die Verhandlungen der Regierung müßten also die Deutschnationalen und zur Sicherheit wohl auch die Nationalsozialisten eingeschlossen werden.

Die Sozialdemokratie hat bisher nicht Stellung genommen. Unsere Reichstagsfraktion wird erst in der zweiten Hälfte dieses Monats zusammentreten. Man nimmt an, daß es zahlreiche sozialdemokratische Politiker gibt, die — im Gegensatz zu den Stahlhelmkameraden Hindenburgs — gegen eine kurze Verlängerung seiner Amtsdauer durch den Reichstag keine unüberwindlichen politischen Bedenken haben. Unsere Entscheidung müßte von der Frage beeinflußt werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine verfassungsändernde Mehrheit im Reichstag möglich ist. Ein Übereinkommen mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten kommt für uns nicht in Frage.

Die Vorerörterungen über die Abrüstungskonferenz.

Berlin, 7. Januar.

Angesichts der in der französischen Presse und Öffentlichkeit in diesen Tagen immer wieder neu aufgewärmten Behauptungen von deutschen Geheimrüstungen, mit denen Frankreich die Forderung begründet, auf der kommenden Abrüstungskonferenz die Sicherheitsfrage in den Vordergrund zu schieben, wird von zuständiger deutscher Seite mit allem Nachdruck betont, daß die Abrüstungskonferenz auf keinen Fall in eine Sicherheitskonferenz umgewandelt werden darf. Die Aufgabe der Konferenz kann und darf nicht sein, die Sicherheitsfrage zu erörtern, sondern die Abrüstung der bisher noch immer stark gerüsteten Staaten in die Wege zu leiten.

Diese Hauptaufgabe der Abrüstungskonferenz kommt auch in den Reden zum Ausdruck, die in den letzten Tagen der amerikanische Staatssekretär Stimson und der Unterstaatssekretär Castle gehalten haben. Wenn Stimson auf die ungleiche Lage in Europa hingewiesen hat, die durch die Nichteinhaltung der Abrüstungsverpflichtung der Alliierten entstanden ist, und wenn Castle gefordert hat, daß der Rüstungsstand der europäischen Mächte auf das Maß einer Polizeitruppe herabgesetzt werden muß, und weiter zum Ausdruck gebracht hat, daß Amerika sich nichts von einer Völkerbundsarmee verspreche, so kommen in diesen Ausführungen Gedankengänge zum Ausdruck, die sich fast restlos mit den deutschen Forderungen in der Abrüstungsfrage decken.

Auch Deutschland hat immer die Auffassung vertreten, daß die Ungleichheit der Rüstungen beseitigt werden muß, und weiter daß eine besondere Völkerbundsorganisation gegen Friedensbrecher (von denen der Artikel 16 der Völkerbundssatzung spricht) erfolglos sein wird, solange der Rüstungsausgleich nicht hergestellt ist.

•

Stimson über die Abrüstungskonferenz.

Washington, 7. Januar.

Staatssekretär Stimson erklärte vor dem Finanzausschuß des Repräsentantenhauses, der über die Bewilligung der Kosten für die amerikanische Delegation zu der Genfer Konferenz berät, er betrachte die Abrüstungskonferenz als wichtigste internationale Diskussion, an der Amerika bisher teilgenommen habe.

Die amerikanische Regierung fühle, daß energische Schritte unternommen werden müssen, um das Programm durchzuführen, welches man in Versailles als Rechtfertigung dafür aufstellte, daß man Deutschland zur Entwaffnung zwang. Amerika werde in „stiller Weise" seinen Einfluß diesbezüglich geltend machen. Die amerikanische Delegation bestehe aus „vernünftigen Friedensfreunden", und man sollte sie nicht durch Einengung ihrer Vollmachten oder Beschneidung der Mittel in ihrer wichtigen Tätigkeit hindern. Wenn Amerika sich nicht in vollem Umfange an den Beratungen beteilige, so würde das Ziel der Weltabrüstung in weite Ferne gerückt und der Befriedung sowohl wie Stabilisierung der Welt ein unberechenbar schwerer Schlag versetzt. Amerika habe zwar den Versailler Vertrag nicht ratifiziert, aber zusammen mit den anderen Nationen auf Deutschlands Entwaffnung bestanden. Nun sei es Pflicht Amerikas, dafür zu sorgen, daß auch die Gegenseite endlich ihr Versprechen einlöse und die seit Weltkriegsende bestehende anormale Situation eines unbewaffneten Deutschlands inmitten schwer bewaffneter Nachbarn beseitige.

Der Finanzausschuß war durch Stimsons Worte offensichtlich stark beeindruckt. Er bewilligte den vollen Beitrag der angeforderten ersten Rate in Höhe von 450 000 Dollar.

Sitzung des Kabinettsausschusses mit den Botschaftern.

Berlin, 7. Januar.

Wie Wolffs Büro erfährt, hat heute abend der Reparationsausschuß des Reichskabinetts getagt, um die Konferenz von Lausanne vorzubereiten. Im Anschluß an seine Besprechung mit Adolf Hitler nahm auch Reichskanzler Dr. Brüning an diesen Beratungen teil. An sich liegen sie im großen Zuge der Ressortvorbereitungen, die, wie wir berichtet haben, bereits seit einiger Zeit im Gange sind. Die heutige Beratung erhielt eine besondere Bedeutung dadurch, daß auch die drei Botschafter, Dr. v. Hoesch (Paris), Dr. Neurath (London) und Dr. v. Schubert (Rom), an ihr teilnahmen. Sie sind bekanntlich eigens zu diesem Zweck nach Berlin gekommen. Sie haben bei der heutigen Zusammenkunft zunächst Bericht erstattet und ein Bild davon gegeben, wie sich die Reparationsfrage von der Hauptstadt des Landes aus ansieht, in dem sie das Deutsche Reich vertreten. Vom deutschen Standpunkt aus kann in diesem Zusammenhang nur immer wieder betont werden daß entgegen all dem Gewirr von Gerüchten und Projekten, die in den letzten acht Tagen in der ausländischen Presse umgehen, nur die Endlösung als Ziel in Frage kommen kann.

Im Anschluß an die Sitzung des Reparationsausschusses hatte der Kanzler dann übrigens noch eine interne Besprechung mit den Botschaftern. Entgegen den bisherigen Dispositionen, wonach die Herren heute abend bereits wieder abreisen sollten, ist nun vereinbart, daß sie zunächst bis Sonnabend in Berlin bleiben. Am Sonnabend wird eine neue Sitzung stattfinden, an der sie ebenfalls teilnehmen werden.

Reichsarbeitsminister Stegerwald über die politische Lage.

Köln, 7. Januar.

In einer großen Zentrumsversammlung entwickelte heute abend Reichsarbeitsminister Stegerwald ein Gesamtbild der gegenwärtigen Lage. Das Kabinett Brüning, führte er u. a. aus, habe die Aufgabe gehabt, das deutsche Volk aus der Scheinblüte und den Irrungen früherer Jahre wieder in die nüchterne Wirklichkeit zurückzuführen. Der hauptsächlichste Sinn der Arbeit des Kabinetts Brüning sei gewesen, das Vertrauen im In- und Auslande wiederherzustellen, die öffentlichen Finanzen und die der Privatwirtschaft ohne neue Schulden zu ordnen, die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten und die deutsche Währung zu schützen. Ein großer Teil der Voraussetzungen für diese Ziele sei bereits geschaffen.